

1. Sitzung des Expertenforums am 10. März 2018, 10.00 bis 14.30 Uhr

Begrüßung Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Vorsitz: Minister Guido Wolf
Stv. Vorsitzender: Staatssekretär Volker Ratzmann

Moderation: Dr. Sabine Horst

Teilnehmer: Prof. Dr. Gabriele Abels, Josha Frey, Bischof Dr. Gebhard Fürst, Evelyne Gebhardt, Wolfgang Grenke, Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Eckart von Klaeden, Sebastian Körber, Joachim Kößler, Dr. Alexis von Komorowski, Martin Kunzmann, Prof. Dr. Martin Nettesheim, Heide Rühle, Markus Schildknecht, Kirchenrat Volker Steinbrecher

Aus dem Ministerium der Justiz und für Europa und dem Staatsministerium:
Dr. Alexandra Zoller, Florian Hassler, Dr. Pamela Sichel, Holger Stegmaier

Am 10. März 2018 fand sich das Expertengremium des Europadialogs Baden-Württemberg zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Frage, welche Themenfelder für die Zukunft der Europäischen Union als am wichtigsten erachtet werden. Darüber hinaus debattierte das Gremium die Aspekte, ob es „mehr oder weniger Europa brauche“ und wie mehr Bürgernähe hergestellt werden könne.

Im Folgenden werden die wesentlichen Diskussionspunkte aus dem Expertenkreis in ihren unterschiedlichen, teilweise auch gegensätzlichen Positionen wiedergegeben.¹

1. Grundsatzfragen zur Zukunft der EU

Zukunftsvision für die Europäische Union

- Die Europäische Union brauche eine Zukunftsvision. Die Stärken der Europäischen Union müssten neben den Krisen in der Öffentlichkeit stärker thematisiert werden. Nur so könne ein Wachrufen positiver Emotionen bei Bürgerinnen und Bürgern gelingen.
- Europa müsse mit dem Herzen geführt werden. Es sei wichtig, positive Emotionen bei den Bürgern zum Thema Europäische Union zu erzeugen. Man müsse überlegen, welches Europa die Bürgerinnen und Bürger wollen

¹ Die Diskussionspunkte geben weder die Meinung der Gesamtheit der Experten noch des Ministeriums der Justiz und für Europa und des Staatsministeriums Baden-Württemberg wieder.

und eine Vision herstellen, die vielschichtiger sei als die künftige Gestalt bis 2030. Es stelle sich die Frage, ob es einer Leidenschaft für Europa bedürfe oder auch die nüchterne Feststellung eines Nutzens ausreiche.

- Die europapolitischen Vorschläge des französischen Staatspräsidenten seien zu begrüßen. Beispielhaft sei die Einrichtung Europäischer Universitäten. Es gelte jedoch jetzt darüber hinaus eigene Vorschläge und Vorstellungen aus dem Land heraus zu entwickeln.
- Sollte sich die Europäische Union vorrangig auf wirtschaftliche Aspekte konzentrieren? Oder sei die Europäische Union in erster Linie eine Wertegemeinschaft und entwickle sich in diese Richtung noch weiter? Basierend auf den Errungenschaften wie Meinungs- und Pressefreiheit oder Rechtsstaatlichkeit.

Europäische Identität, Zusammengehörigkeit und Solidarität

- Die „europäische Identität“, welche es bereits gebe, sei keine Frage der Sprache, sondern der Freiheiten, die gemeinsam errungen wurden, wie die Reisefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Meinungsfreiheit. Dieser Gedanke solle den Bürgerinnen und Bürger nähergebracht werden.
- Es bestehe eine Notwendigkeit zur Förderung von Kultur, im Inneren und nach außen sowie über Grenzen hinweg. Dadurch erfolge eine Stärkung des europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls.
- Die Europäische Union solle sich verstärkt mit Solidaritätsfragen befassen. Die Spaltungen in Nord und Süd oder Ost und West müssten überwunden werden. Dies zeige sich momentan beispielsweise bei der Migrationspolitik. Wichtig sei, die geistige Bereitschaft zur Versöhnung und dazu, aus der Vergangenheit zu lernen und aufeinander zuzugehen. Die Europäische Union sei als Friedensprojekt und Garant für Wohlstand zu verstehen. Dies sei die „Software Europas“.
- Es gelte, dass man sich in andere Personen bzw. Staaten verstärkt hineinversetzen solle. Es sollten Systeme etabliert werden, die Solidarität gewährleisten. Jedoch brauche es keine sozialen Mindestvorschriften.
- Der soziale Zusammenhalt der Union müsse gestärkt werden, was soziale Mindeststandards erforderlich mache.
- Sozialer Frieden sei durch Angleichung der Lebensgrundlagen sicherzustellen. Deshalb seien Arbeit und Soziales auch im europäischen Zusammenhang wichtige Themen.

- Europa müsse die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen, insbesondere diejenigen, die Schutzräume benötigten. Diesem Zweck diene die Daseinsvorsorge. Es müssten alle mitgenommen werden, Gewinner und Verlierer großer gesellschaftlicher Entwicklungen, Alt und Jung, Männer und Frauen, Stadt und Land sowie die Verschiedenheit in Bildung und Mobilität, Europa müsse für die „Schwächeren“ Schutzräume schaffen und sich nicht alleine für bestimmte Gruppen aktiv zeigen, wie beispielsweise für Teilnehmende des Bildungsprogramms Erasmus.

Austausch und Verständnis

- Gegenseitiges grenzüberschreitendes Verständnis für unterschiedliche Herangehensweisen an Aufgaben werde dadurch gefördert, dass man miteinander in Austausch trete. Beispielhaft genannt sei der Austausch der Katholischen Kirche im Rahmen der Bischofskonferenzen oder das Vorantreiben konkreter Projekte wie den Pilgerweg des Heiligen Martin von Ungarn bis nach Tours in Frankreich. Der christliche Glaube bilde dabei einen Grundpfeiler für eine europäische Wertegemeinschaft.
- Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nach außen hänge maßgeblich von der Glaubwürdigkeit der Mitgliedstaaten selbst im Inneren ab („*practice what you preach*“).
- Die unterschiedlichen Ausprägungen des Populismus in Europa gelte es zu unterscheiden. Im Gegensatz zu Polen derzeit stehe Ungarn grundsätzlich zur Europäischen Union.

2. Bürgernähe

Überschaubarkeit und Erfahrbarkeit

- Man bringe sich dort ein, wo man etwas Sinnvolles bewirken könne. Dies geschehe im Überschaubaren, wo man Verantwortung für eine Sache übernehmen könne. Wenn dieses Überschaubare abhandenkomme, könne keine Begeisterung für eine Sache erreicht werden, auch nicht für Europa. Europa müsse daher sichtbarer und fühlbarer werden.
- Förderprogramme rückten die Europäische Union in die greifbare Nähe der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft. Förderprogramme auf kommunaler Ebene könnten dabei als Leuchttürme fungieren.
- Dabei gelte kulturelles Verständnis der Bürgerinnen und Bürger als Grundvoraussetzung für das Verständnis für Europa. Dies befördere insbesondere der grenzüberschreitende Jugendaustausch Erasmus+, welcher eine Stärkung erfahren müsse.
- Es könne ein „kommunales Parlament“ in grenzüberschreitenden Modellregionen etabliert werden, um konkrete europapolitische Themen näher an Bürgerinnen und Bürger heranzurücken.

Transparenz

- Der Versuch Europa bürgernah zu machen, sei schwierig. Es liege ja gerade in der Natur der Europäischen Union, sich den Fragen im großen Maßstab zu widmen. Eine gewisse Bürgerferne sei damit unvermeidlich. Entscheidend sei daher vielmehr Transparenz zu gewährleisten. Das Direktwahlsystem sei letztendlich unausweichlich für mehr Bürgernähe.
- Man müsse Bürgerinnen und Bürger nicht detailliert erläutern, wie die institutionellen Mechanismen im Einzelnen ausgestaltet seien. Allerdings müsse deutlich gemacht werden, welche Konsequenzen Entscheidungen nach sich ziehen würden.

Vermittlung

- Bürgerinnen und Bürger müssten durch geeignete Partizipationsformen in die Weiterentwicklung der Europäischen Union miteinbezogen werden. Die Verankerung des europäischen Gedankens entfalte sich im Besonderen auf kommunaler Ebene, durch Begegnungen der Themen der Europäischen Union mit der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger.
- Es gelte, die Politisierung von Europapolitik voranzutreiben und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Wahl populistischer Parteien nach sich ziehe. Diese Diskussionen müssten für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und überschaubar gestaltet werden. Einen hohen Stellenwert nehme damit die Vermittlung europapolitischer Themen ein. Diese müssten von Politikern und Politikerinnen aller Ebenen, auch der nationalen, in Verantwortung genommen und vermittelt werden.
- Es gebe bereits europapolitische Betätigung in der Bevölkerung, zum Beispiel durch die Bürgerinitiative Pulse of Europe.

3. Institutionelles

Subsidiarität

- Die EU benötige eine klare Kompetenzordnung. Das Prinzip der Subsidiarität sei dabei wichtiger Bestandteil dieser Ordnung. Es sei jedoch nicht einfach, eine gute Kompetenzordnung herzustellen.
- Baden-Württemberg brauche Europa. Aber Europa brauche auch starke Regionen wie Baden-Württemberg. Im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung sähen sich Regionen und Nationen Herausforderungen wie Migration, Gewährung sozialer Sicherheit und Bewahrung der Umwelt gegenüberstehen, denen sie in ihrem alleinigen Handlungsmaßstab nicht mehr gerecht werden könnten. Es brauche eine subsidiäre Balance dahingehend, dass auch Kompetenzen abgegeben werden sollten, wo es

sinnvoll sei. Dies erfordere eine bevölkerungs- und generationenspezifische Betrachtung.

- Das Subsidiaritätsprinzip solle nicht als Grundelement der Europäischen Union an sich gesehen werden, da dieses gegen die Einheit spreche und gar ein Element der Spaltung darstelle. Man sei nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip im Allgemeinen, jedoch sei es wichtig zu wissen, wo was entschieden werde. Oft fände widersprüchliche Politik auf den verschiedenen Ebenen statt, wie bei der Privatisierung der Wasserversorgung in Griechenland. Grundsätzlich gäbe es zu viel Intergouvernementalismus.

Europäischer Mehrwert

- Es gelte, bei der Frage der Zielsetzung der Europäischen Union den „Europäischen Mehrwert“ herauszustellen. Dieser bemesse sich nicht ausschließlich am zählbaren Nutzen für Baden-Württemberg, sondern der Mehrwert zeige sich gerade dort, wo kein messbarer Nutzen direkt ins Land zurückfließe. Europa sei insbesondere bei öffentlichen grenzüberschreitenden Gütern stark, beispielsweise beim Schutz der Außengrenzen oder der Sicherheit.
- Anstelle eines gemeinsamen europäischen Mehrwerts seien einzelne nationale Interessen noch zu stark ausgeprägt.
- Solidarität und Zusammenhalt stellten jeweils einen europäischen Mehrwert an sich dar.

Diversität

- Die Idee der regulatorischen Diversität müsse gestärkt werden. Diese solle zu einem Wert hochgehoben werden. Es stelle sich die Frage, ob überhaupt alles einheitlich sein müsse. Diversität müsse als Chance Europas begriffen werden.
- Europa bestehe aus riesigen, heterogenen Räumen. Es genüge, den Menschen zu zeigen, dass Europa ihnen selbst auch etwas bringe und einen permanenten Konsens schaffe.
- In Grenzübereichen werde Diversität als Hindernis wahrgenommen. Es seien grenzüberschreitende Standards im Bereich Umwelt und Soziales erforderlich.

Institutionelle Reformen

- Es seien bessere Governance-Strukturen notwendig. Dies sei vor allem in den Krisenjahren augenscheinlich geworden. Die Gemeinschaftsmethode funktioniere zwar bei technischen Detailfragen, jedoch nicht bei „großen“ Fragen, wie bei der „Rettung“ von Staaten. Man brauche neue Strukturen,

ansonsten führe es zu Zerrüttung. Der Krisenmechanismus müsse institutionalisiert werden.

- Die Europäische Union übernehme Aufgaben, obwohl sie diese materiell und institutionell nicht richtig erfüllen könne. Nun müsse man diesen Weg entweder weitergehen - weiterer Ausbau - oder die Konzentration auf einzelnen Feldern belassen. Jedoch sei die politische Kraft, sich auf einzelne Felder zu konzentrieren, nicht vorhanden.
- Europa sei kein Bundesstaat oder Staatenbund, sondern etwas „sui generis“. Es stelle sich fortwährend die Frage nach dem Verfassungsverständnis, bei jeder Sachfrage sei automatisch die institutionelle Frage integriert.
- Europa brauche nicht nur Output-, sondern auch Input-Legitimation. An welchen Feldern könnte die Europäische Union Handlungsfähigkeit schaffen?
- Es gälte, wirkungsvollere Sanktionsmechanismen bei Vertragsbrüchen zu etablieren.
- Immer „mehr Europa“ im Gleichschritt gemeinsam funktioniere nicht mehr. Man müsse den Weg des Europas der zwei Geschwindigkeiten gehen. Die Demokratisierung müsse man mit mehr Parlamentarisierung auf verschiedenen Ebenen verbinden.
- Das Vertrauen in die Europäische Union sei in manchen Mitgliedstaaten höher als in die Strukturen des jeweiligen Mitgliedstaates. Man dürfe jedoch an die Europäische Union keine höheren Ansprüche stellen als an den Nationalstaat, da deren System zu komplex sei. Jedoch sei die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union durch Ungarn und Polen in Gefahr.
- Die Stellung der Kommunen solle institutionell gestärkt werden, da ein Großteil des EU-Rechts auf kommunaler Ebene umgesetzt werde. Beispielsweise fordere man mehr Beifreiheit im Beihilfenrecht, eine formal bessere Beteiligung der Kommunen am Gesetzgebungsprozess in der Vertretung der Kommunen im Ausschuss der Regionen.
- Die Europäische Union solle sich auf wenige Themenfelder konzentrieren, in denen sie stärker sei als der Nationalstaat wie etwa beim Binnenmarkt oder der Grenzsicherung.
- Es herrsche ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen einem nationalen Verständnis mit klarer Kompetenzverteilung sowie der im Lissabon-Vertrag angelegten fortschreitenden Vergemeinschaftung und Harmonisierung.

4. **Politikfelder**

Wirtschaft

- Die Europäische Union sei aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entstanden. Deswegen sei die Entwicklung des Binnenmarktes für die weitere Entwicklung Europas wichtig.
- Die duale Ausbildung solle auch in anderen Ländern eingeführt werden, da diese eine wichtige Möglichkeit darstelle, die Jugendarbeitslosigkeit zu

bekämpfen, vor allem in Südeuropa. Knowhow des Ausbildungssystems solle verstärkt exportiert werden.

- Innovationen seien „breiter“ anzulegen. Dies bedeute auch, das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung zu europäisieren. Der „Meister“ könne zu einem „Bachelor professional“ exportiert werden; als internationale anerkannte formale Bezeichnung.
- Gebraucht werde in der Europäischen Union eine Vereinheitlichung von Normen und Leitplanken, aber auch Diversität. Dies müsse in Einklang gebracht werden.
- Die Europäische Union kenne ökologische Zielsetzungen, allerdings keine ökonomischen. Dies führe zu einer Asymmetrie. Klimaziele seien verbindlich festgelegt worden. Der Weg zur Erreichung dieser Ziele wurde allerdings nicht hinlänglich bestimmt.
- Im Bereich einer gemeinsamen Wirtschafts- und Steuerpolitik müssten weitere Diskussion angestoßen werden, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Finanzminister auf europäischer Ebene sinnvoll sei.
- Bankensysteme in den Mitgliedstaaten müssten erhalten bleiben (insb. deutsche Sparkassen). Diese seien durch eine europäische Einlagensicherung gefährdet. Das Amt eines europäischen Finanzministers sei nicht notwendig. Allerdings solle man diesen Vorschlag nicht pauschal zurückweisen.

Handel

- Die Europäische Union habe in Handelsfragen durch die Uneinigkeit innerhalb Europas bei den Verhandlungen zu Handelsabkommen an Ansehen verloren und wirke mit Rückkopplungen auf nationale und subnationale Ebenen im internationalen Maßstab unglaublich. Eine stärkere Kohärenz bei der Gesetzgebung sei notwendig und man solle sich stärker auf die europäische und auch afrikanische Nachbarschaft konzentrieren.

Kohäsion

- Die Kohäsionspolitik solle zur Herstellung gleichartiger Lebensbedingungen in Europa beitragen. Finanzielle Mittel sollten dafür durch Steuermittel zur Verfügung gestellt werden. EU-Förderprogramme müssten trotz des Ausfalls der Nettozahlungen durch den Austritt des Vereinigten Königreichs erhalten bleiben.

Migration, Außenpolitik und Sicherheit

- Eine europäische Armee sei aufgrund des deutschen Rechts derzeit unmöglich, welches die Beteiligung des Bundestags bei jedem Einsatz vorsehe.

- Das europäische Asylsystem müsse eine gerechtere Lastenverteilung umsetzen.

Bildung, Soziales und Gleichstellung

- Das soziale Europa halte nicht, was es versprochen habe. „Arbeit und Soziales“ solle als weiteres Fachforum berücksichtigt werden, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa.
- Europa auch als Wertegemeinschaft und als soziales Europa, doch das Versprechen nach der Gleichheit zwischen Männern und Frauen sei immer noch nicht eingelöst.
- Es gebe große Unterschiede im Bildungsstand innerhalb Europas, Jugendbegegnungen und Erasmus auszubauen, sei ein zentraler Weg. Außerdem brauche es politische Bildung, auch zur Europäischen Union in den Schulen.
- Gleichstellung von Männern und Frauen müsse stärker Berücksichtigung finden.
- Erasmus+ müsse fortgesetzt und gestärkt werden.

Identity
 Values
 Culture
 Religion

Vision
 Goals
 → Mehrwert?
 → Diversität?

Legislation
 Structures
 Instruments

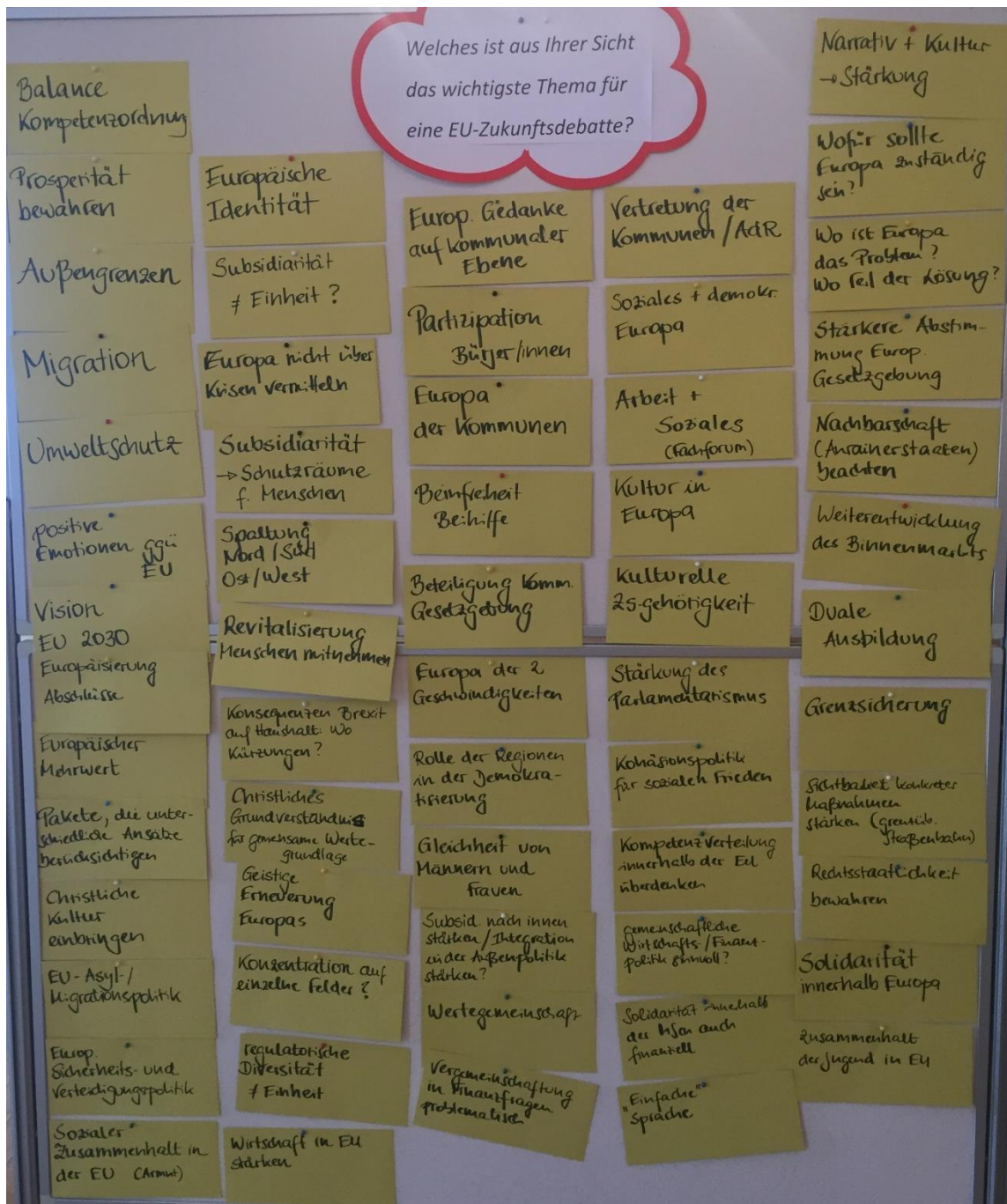
Finances

Concrete
 Projects for
 the Region

Bürgernähe

Auch wir mehr oder weniger EU?
 Wofür?

Kriterium: Homogenität Kriterien: Grenzüberschreitender Effekt Kriterien: Einsparpotential durch geb. europ. Handeln	> Europa im Alltag bei Grenz-gängern bei > oder < EU differenzieren nach Themen erforderlich Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zwingend gegensätzlich	Probleme durch inter-gouvernementales Handeln ≠ parlament. Handeln für Wirtschaft Vereinheitlichung + Diversität erforderlich Ziele für Europa variieren von MS zu MS	Bürgernähe im Hinblick auf Europa ist auch Aufgabe aller nationaler/regionaler Regierungen Emotionen für Europa schaffen Narrativ Europa nicht im Sinne einer Kampagne sondern im Bildungsbereich (Austausch)	Akzeptanz f. Entscheidungen auf unterer Ebene Direktwahlssystem? Transparenz-Auswahl d. Bürger
Kriterium: Gruppenspezifika berücksichtigen Kriterien: Gewinner/Verlierer Legitimation von mehr Europa erforderlich Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit als europäische Vision bewahren! Zusammenhang zwischen Europa und EU (Just) herstellen Renationalisierungskandidaten (z.B. Europ. Rat, Außen-handel) Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit wichtig	> Europa im Abs-trakten aber Konkretisierung erforderlich Perspektive der Bürger berücksichtigen Gemeinwohl in den Kommunen berücksichtigen Win/Win-Situationen finden (für > EU) mehr Verbindlichkeit für Europ. Semester um Europ. Gemeinwohl zu schaffen Bürokratieabbau um Bürger zu gewinnen bessere Governance-Strukturen entwickeln	Parlamentarisierte Governance-Strukturen erforderlich Glaubwürdigkeit auch nach innen	Nachhaltigkeitsprojekte der Förderprogramme auf kommunaler Ebene	Europa muss vor Ort fühlbar sein Der Bürger braucht ein Gefühl für das, was in Europa „läuft“ Spitzenkandidat EP-Wahl Europa erfahrbar machen Jugendaustausch macht Europa konkret Politisierung von EU-Politik Bürokratiemonster abbauen



Nächste Sitzung des Expertenforums am 7. Juli 2018.

